

Großbritannien Tödlicher Angriff

Der Mord an der Labour-Parlamentarierin Jo Cox erschüttert Großbritannien und könnte die Brexit-Debatte beeinflussen. Am Donnerstag stach ein Mann im nordenglischen Birstall auf Cox, 41, ein und schoss auch auf sie. Cox starb kurz darauf, ein Verdächtiger konnte festgenommen werden. Nach Aussagen von Zeugen soll er beim Angriff auf Cox mehrfach „Britain First“ gerufen haben – so heißt eine rechtsradikale Gruppierung.

Vor ihrer Karriere in der Politik war die Feministin Cox Entwicklungshelferin und arbeitete für die Hilfsorganisation Oxfam. Ein Bekannter sagte laut „Guardian“, sie und ihr Mann, die zeitweise auf einem Hausboot in London lebten, seien „im Herzen Hippies“ gewesen. Zuletzt galt die Mutter von zwei Kindern als Nachwuchshoffnung der Labour-Partei. Nach dem Mord stoppten die führenden britischen Politiker einstweilen die Debatte um den Ausstieg aus



Cox am 6. Juni

USA TODAY NETWORK / DDP IMAGES

der Europäischen Union. Der Fall kann das harte Ringen bis zum Referendum am Donnerstag noch beeinflussen. Cox war eine Gegnerin des sogenannten Brexit, vor allem hatte sie sich immer massiv für Migranten eingesetzt. Brexit-Befürwortern könnte es deshalb schwererfallen, wie bislang mit der Angst vor unkontrollierter Einwanderung Stimmung gegen die EU

zu machen. In ihrer Antrittsrede vor dem Parlament hatte Cox im Juni vergangenen Jahres gesagt: „Unsere Gemeinden haben sich durch Immigration grundlegend verbessert ... Während wir unsere Vielfalt feiern, überrascht es mich immer wieder, dass wir viel stärker vereint sind und dass wir viel mehr Gemeinsamkeiten haben als Dinge, die uns trennen.“ ch

Kommentar

Europas Dilemma

Warum wir die Flüchtlinge nicht den Libyern überlassen können

Libyen soll seine Grenzen besser sichern können und so jene Flüchtlinge stoppen, die aus Afrika nach Europa wollen. Deshalb unterstützt Brüssel seit fast vier Wochen den Aufbau der libyschen Küstenwache. Das hört sich gut an, ist es aber nicht. Tatsächlich gibt es derzeit in Libyen nicht eine Regierung, sondern drei – teils verfeindet –, und dazwischen den „Islamischen Staat“. Die wahre Macht haben diverse Milizen. Die Europäische Union kooperiert also mit fragwürdigen Partnern, die Migranten abfangen und in Gefängnisse stecken. Die Männer und Frauen würden aus dem Meer gerettet, um dann aber „Folter und andere Misshandlungen zu erleben“, schrieb die Menschenrechtsorganisation Amnesty International diese Woche. Frei kommen die Unglücklichen oft erst, wenn Angehörige hohe Lösegelder bezahlt haben. Europa hat zwar das Recht, sich gegen illegale Einwanderung zu wehren – aber doch nicht das Recht,

Gewalttäter anzuheuern, damit diese die Flüchtlinge von uns fernhalten. Nach dem Militäreinsatz des Westens in Libyen trägt Europa mit Verantwortung dafür, dass sich die Dinge dort wieder ordnen und Nordafrikas Tor nach Europa von akzeptablen Polizeikräften bewacht wird. Wie aber soll das geschehen, angesichts Hunderttausender Migranten, die von Libyen aus nach Italien wollen? Nur Kontrolle vor Ort kann sicherstellen, dass ein Mindeststandard an Menschlichkeit aufrechterhalten wird. Personal aus Europa muss das Vorgehen der libyschen Küstenwache und der Betreiber von Auffanglagern begleiten und beobachten. Am Ende wird Europa die schwierige Aufgabe der Grenzsicherung vielleicht selbst übernehmen müssen, womöglich mit der schon lange von Italien geforderten Seeblockade. Das ist nicht schön, darauf könnte es aber hinauslaufen.

Susanne Koelbl

schaften würden sie nachts auf Ruinen sprühen, zudem würden sie Täterbilder auf Hauswände kleben. Gegründet wurde die Initiative von syrischen Binnenvertriebenen in Idlib, die bereits aus anderen Orten vor den Extremisten geflohen waren. Sollten sich Gewalttäter der Nusra-Front nun nach Europa absetzen und dort Asyl beantragen, so Zeidan, könne seine Gruppe europäische Behörden gern mit Beweismaterial versorgen. suk

ABED AL HASLAMOUN / DPA